Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 34

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aussenwirtschaft

Sowjetunion

Die Entwicklungshilfe

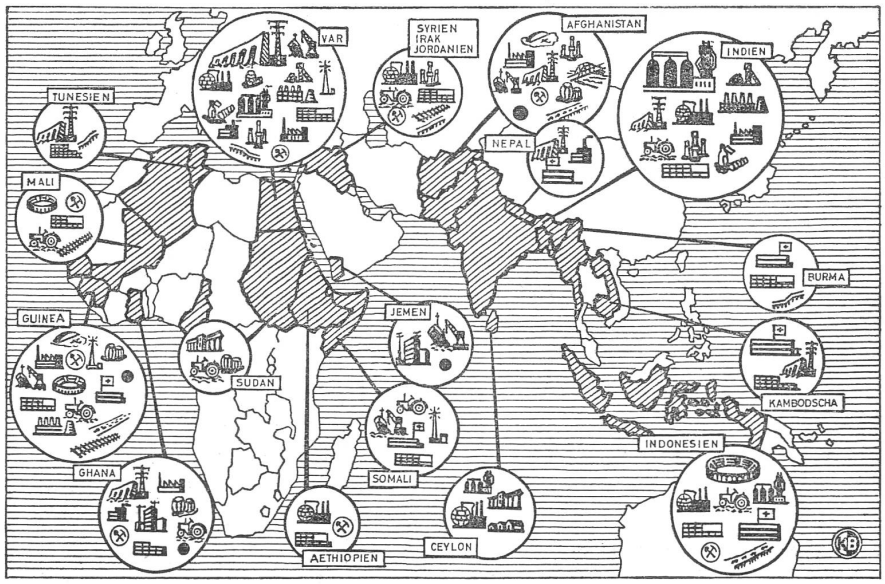
für Asien und Afrika stellt in der sino-sowjetischen Auseinandersetzung ein um so gewichtigeres Argument der UdSSR dar, als ihm von chinesischer Seite nichts materiell ebenbürtiges entgegengesetzt werden kann. Aber gerade in den Entwicklungsländern denkt China als «farbige» Nation ihre grössten Erfolge zu erringen und hat demgemäss die nationale «Befreiungsbewegung» zum ersten Anliegen der heutigen kommunistischen Weltbewegung erklärt und nicht den Klassenkampf.

«Die chinesischen Genossen behaupten», so steht in einem Redaktionsartikel des Moskauer theoretischen Parteiorgans «Kommunist», «dass es der Kampf der unterdrückten Nationen und Völker ist, welcher für das internationale Proletariat die entscheidende Bedeutung hat. Sie behaupten sogar, dass die revolutionäre Bewegung des internationalen Proletariats letzten Endes vom Ausgang des Kampfes jener Gebiete abhängt, welche die absolute Mehrheit der Weltbevölkerung stellen... Nach Ansicht der KPdSU ist diese revolutionäre Bewegung (in Afrika, Asien und Lateinamerika) das *zweitwichtigste* Ereignis unseres Zeitalters. Die Behauptung entbehrt jeder Grundlage, dass gegenwärtig reale Perspektiven für eine revolutionäre Bewegung lediglich in den asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern vorhanden sind. Die kommunistische Bewegung würde einen grossen Fehler machen, wenn sie die Interessen des Kampfes für den Sozialismus in den europäischen und nordamerikanischen Ländern ignorieren würde.»

Peking seinerseits nennt die sowjetischen Thesen «Ausverkauf der revolutionären Interessen der Völker», die UdSSR einen «falschen Freund Afrikas und einen Helfer des Imperialismus».

Die Spezialisierung ist also gegeben: die Sowjetunion vertritt den Kommunismus der entwickelten Länder mit Vorrang («Klassenkampf») und China die kommunistische Machtübernahme in den unterentwickelten Ländern («Befreiungskampf»). Der Unterschied in der Prioritätsfrage ist keinesfalls unwichtig. Er bedeutet, dass China den Kapf gegen die «imperialistischen Mächte» total führen will, dass heist unbeschadet um deren eigene «Arbeiterklasse», während die Sowjetunion den «proletarischen Internationalismus», das heisst die angebliche Solidarität mit den Massen aller Staaten (auch der «imperialistischen») ins Feld führt.

Aus dieser Argumentation heraus sieht sich die UdSSR der Propaganda für die Kommunisten in den Entwicklungsländern gegenüber den Thesen Pekings in die Defensive gedrängt. Aber sie kann dafür etwas ins Feld führen, was Peking nicht kann: die Entwicklungshilfe. China ist zwar in der Lage, asiatische und afrikanische Studenten aufzunehmen und Agenten und Terroristen auszubilden, aber in grösserem Ausmass Fabriken einrichten kann es nicht. Hier zeigt sich der Nachteil des propagandistischen Trumpfes, selbst Entwicklungsland zu sein. Deshalb pocht die UdSSR so kräftig auf ihre materielle Hilfe an die jungen Staaten Afrikas und Asiens. Und deshalb kann sie es sich heute weniger denn je leisten, auf diesem Gebiet nachzulassen, obwohl gerade die Lieferungen an die Entwicklungsländer heute im Comecon zu einem kritischen Punkt geworden sind.



Diese Darstellung der sowjetischen Entwicklungshilfe in Asien und Afrika macht nach ihrem Erscheinen in der «Prawda» (7. August) gegenwärtig die Runde in der Sowjetpresse. Die Vignetten stellen die Art der errichteten oder projektierten Objekte dar («480 Industriebetriebe und andere wichtige Objekte»), von denen 120 bereits in Betrieb genommen seien. Die Sowjetunion gewähre den Entwicklungsländern rund drei Milliarden Rubel Kredite für wirtschaftliche Entwicklung.

Wirtschaft

Polen

Eine Häresie

Kann der Kommunismus den Westen auf wirtschaftlichem Gebiet überrunden? Nach Meinung eines polnischen Wirtschaftlers kann dies nicht der Fall sein. Sein Buch, in dem er behauptet, die Kommunisten hätten keine Chance, den wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Westen zu gewinnen, hat in polnischen Parteikreisen grosses Aufsehen erregt.

In dem Buch wird auseinandergesetzt, dass der Kommunismus nur wenig oder überhaupt nichts mit der wirtschaftlichen Expansion zu tun habe.

Das Buch, das den Titel «Der historische Prozess des Wachstums der Wirtschaft» trägt, stammt aus der Feder des nichtkommunistischen Wirtschaftlers *Dr. Stefan Kurowski* und ist von der polnischen Akademie der Wissenschaften veröffentlicht worden.

Auf der Grundlage einer Vergleichsstudie der Eisen- und Stahlindustrie in verschiedenen Ländern kommt der Verfasser zu dem Schluss, das wirtschaftliche Wachstum schreite auf der Basis «der technischen Einheit der Welt» vorwärts, und «das kapitalistische System zeigt zumindest die gleiche Tendenz zu technischen Neuerungen wie das sozialistische System». Bei einem Vergleich der Zuwachsrate der Stahlindustrie in den Vereinigten Staaten, der UdSSR und Japan stellt Kurowski ähnliche Produktionskurven in den drei Ländern fest, obwohl die Zuwachsraten in der Stahlindustrie in den genannten Ländern in verschiedene Epochen und unter verschiedene soziale Systeme fallen. Laut Kurowski wird die Zuwachsrate um so höher, je geringer die Produktion pro Kopf der Bevölkerung ist. Und da die Produktion pro Kopf der Bevölkerung ständig zunehme, verlaufe die Kurve schliesslich geradlinig.

Und als ob dies noch nicht genug der Häresie wäre, fährt der polnische Wirtschaftler fort, kurz und bündig zu behaupten, «die sowjetische Zuwachsrate ist die Fortsetzung derjenigen aus der Zeit vor der Revolution».

«Diese Ansicht kommt derjenigen der westlichen Wirtschaftler nahe, die behaupten, die UdSSR würde eines Tages die USA einholen, ganz unabhängig davon, ob sie ein bourgoises oder sozialistisches Land ist», schrieb dazu der kommunistische Wirtschaftsjournalist Stanislaw Albinowski zornig in der wirtschaftlichen Wochenzeitung «Zycie Gospodarcze». «Eine solche Ansicht beinhaltet die Behauptung, dass die Ueberlegenheit des sozialistischen Systems über das kapitalistische System eine blosse Fiktion ist.»

In der August-Nummer des theoretischen Journals der polnischen KP, «Nowe Drogi», schrieb Ignacy Sachs: «Kurowski sieht hartnäckig die angebliche Existenz eines 100 Jahre alten russisch-sowjetischen Zyklus der Stahlproduktion, bloss um zu beweisen, dass die sozialistische Industrialisierung der UdSSR die blosse Fortsetzung des von den Zaren begonnenen Werkes ist... Er unternimmt auch den Versuch, zu beweisen, dass die sowjetische Wirtschaftsentwicklung keineswegs ungewöhnlich ist.»

Sachs behauptet, Kurowski sei ein Anhänger des amerikanischen Wirtschaftlers Walt W. Rostow und habe sich dessen Ansichten, die in dem Buch «Die Stadien der wirtschaftlichen Entwicklung: ein nicht-kommunistisches Manifest» zum Ausdruck gebracht werden, angeeignet, ohne aber dieses Werk in den Anmerkungen zu erwähnen. Trotz seiner Behauptung, die Kommunisten hätten keine Aussichten, den Wettbewerb auf wirtschaftlichem Gebiet zu gewinnen, fährt Kurowski fort, die Kommunisten würden letzten Endes doch als Sieger hervorgehen, da sie die Fähigkeit hätten, «die Menschen auf vielen nicht-wirtschaftlichen Gebieten, vor allem auf dem politischen Sektor, wirksamer zu organisieren».

Diese Ansicht genügte aber nicht, seine Kritiker zu besänftigen, im Gegenteil. So schrieb Albinowski: «Es ist nicht schwer zu sehen, wie weitreichend die politischen Konsequenzen von Kurowskis These sein könnten. Seiner Ansicht nach ist der Sozialismus nicht in der Lage, den Sieg über den Kapitalismus davonzutragen, es sei denn, er verwendet andere als wirtschaftliche Mittel, mit anderen Worten — militärische.»

Und Sachs fragte: «Die gesellschaftliche Ueberlegenheit wird nicht durch eine bessere Wirtschaft dargestellt. Wie soll man sie sich denn vorstellen? Etwa als militärische Ueberlegenheit?» Die chinesische Ansicht, die Kommunisten sollten mit Hilfe militärischer Mittel ihrem System zu einem weltweiten Sieg verhelfen, erfreut sich im gegenwärtigen Zeitpunkt in Polen keineswegs offizieller Billigung. Kurowski, der Urheber der Auseinandersetzungen, arbeitet im wirtschaftswissenschaftlichen Institut der polnischen Akademie der Wissenschaften als Researcher.

BRIEFE

Wir Iraker und die Kurden

Zum Memo in KB Nr. 32 schreibt ein Iraker:

Vor der Revolution vom 18. August 1958 lebten Kurden und Araber miteinander wie Brüder. Von den Kurden selbst dachte ausser den Kommunisten niemand an Trennung.

Als Kassem an die Macht kam, forderte er alle Heimatvertriebenen zur Rückkehr auf. Unter ihnen befand sich auch Mullah Al-Barzani (der sich zwischen 1946 und 1958 in der Sowjetunion aufgehalten hatte) und seine Angehörigen, die von den Irakern herzlich empfangen wurden. Kassem zahlte Barzani monatlich 500 englische Pfund als Entschädigung aus und seinen Angehörigen je 50 Pfund. Auch erhielten sie Waffen und Ausrüstung. Erst als Kassem die Kommunisten niederschlug, begann Barzani seinen Kampf gegen die Regierung von Bagdad. An der ganzen Geschichte sind die Kommunisten schuld, denn sie haben den Nationalismus unserer Mitbürger, der Kurden, aufgepeitscht.

Ich habe die Forderungen der Barzani-Anhänger gelesen und fand sie unfair und nicht im Interesse des ganzen irakischen Volkes, denn sie verlangen einen grossen und fruchtbaren Teil des Iraks. Ich schreibe bewusst «Barzani-Anhänger», weil es sich nur um einen der kurdischen Stämme handelt. Die anderen Stämme sind mit diesen Forderungen nicht einverstanden. Sie betrachten Barzani als Kommunist, der den Frieden im Irak schon verletzt hat.

Ich hoffe nun, dass unsere kurdischen Brüder mit den Arabern Hand in Hand arbeiten, denn sie haben es doch besser als ihre Freunde in anderen Ländern.

H. R., z. Zt. in Bad Hersfeld, Deutschland

Gegenwärtig werden zwar die kurdischen Dörfer in anderen Ländern nicht bombardiert. Immerhin verstehen wir, dass Sie als irakischer Araber das Kurdenproblem von Ihrer Seite aus betrachten. Mit unserem Memo massten wir uns nicht an, einen Ueberblick über die Kurdenfrage zu geben, sondern wollten lediglich die widersprüchliche und verlogene Stellungnahme des Kommunismus dazu nachweisen. Uebrigens war auch Kassems Haltung zum Kommunismus widersprüchlich. Intern hat er die Kommunisten zwar bis zu einem gewissen Grad «niedergeschlagen» (da sie eine akute Gefahr für sein eigenes Regime bildeten), seine Aussenpolitik war aber ausgesprochen sowjetfreundlich. Daher konnte es auch kommen, dass die UdSSR damals Kassem mit Waffen gegen die Kurden versorgte, die sie gleichzeitig zu gewinnen trachtete. Nicht über das Kurdenproblem haben wir berichtet, sondern über die kommunistische Doppelzüngigkeit am Beispiel des Kurdenproblems.

Red. KB

Verkehr

CSSR

Fliegen und warten

Die Passagiere, die auf dem Pressburger Flugplatz ankommen, werden sich gezwungenermassen des Stichwortes entsinnen, es sei besser, gut zu reisen als anzukommen.

Laut Radio Pressburg dauern nämlich die bürokratischen Prozeduren, denen sie sich unterziehen müssen, oft länger als der Flug. Diese Missstände sind angeblich auf die beengten Verhältnisse des Empfangsgebäudes zurückzuführen. Für den Flugplatz wurde aber bereits ein Modernisierungsplan aufgestellt, an dem schon gearbeitet wird. Die Empfangshalle wird umgebaut und vergrössert. Die Hauptstartbahn soll auf 2900 Meter verlängert werden. Die Arbeiten hofft man bis Ende 1964 abgeschlossen zu haben.

Der Schnappschuss

Kollektivbauern in der CSSR waren der Meinung, Kohl anzubauen. Aber was heranwuchs, hatte verdächtige Aehnlichkeit mit Rüben und Raps. Das fragliche Saatgut belief sich auf 22 Tonnen. Die Landwirtschaftszeitung «Zemedelske Noviny» berichtete über das Phänomen. Der Kohl, der auf den Feldern fehlt, ist offenbar von anderer Seite produziert worden.

*

«Nepszabadsag», Budapest, beschäftigt sich mit dem Fall des Oberingenieurs der «Hauptstädtischen Brotfabrik», der diesen Posten seit sieben Jahren versieht und seit 16 Jahren «führender Funktionär» ist, aber als ganze Ausbildung nur über sechs Jahre Volksschulunterricht verfügt. Auf die Frage, warum er sich in dieser Zeit nicht weitergebildet habe, antwortet der Oberingenieur, die Arbeit in der Partei habe ihm die ganze Freizeit aufgebraucht. Sogar seine Ehe sei deswegen in Brüche gegangen. Jetzt wird der Betrieb einen diplomierten Oberingenieur erhalten.

*

«Die politischen Rechte des Schweizers sind sehr ausgedehnt. Nicht nur wählt er seine Vertreter, er nimmt selbst am politischen Leben seiner Gemeinde, seines Kantons und des Bundes teil.» Eine von manchen objektiven Feststellungen in einem Artikel der Belgrader Zeitung «Internationale Politik», der die Stellung der Schweiz zur EWG untersucht. Als negativer Aspekt wird neben dem fehlenden Frauenstimmrecht lediglich vermerkt: «Die Wirtschaftsdemokratie, obwohl irgendwie angebahnt, ist noch weit davon entfernt, verwirklicht zu sein. Immerhin ist es dank der Vereinsfreiheit den Genossenschaften und der Sozialdemokratischen Partei möglich (die PdA bleibt unerwähnt), die Auswirkungen dieses Mangels teilweise einzudämmen; und die Genossenschaften wirken durch ihre Präsenz auf dem Markt preisregulierend.»

*

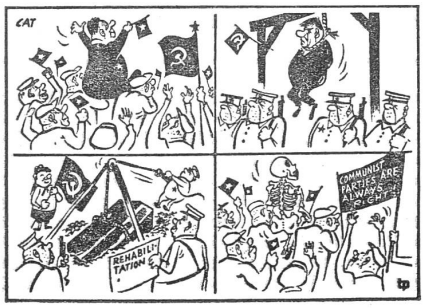
Ist der Rücktritt des polnischen Aussenministers Adam Rapacki für die nächste Zeit bevorstehend? Aus Polen verlautet, er sei seit seiner letzten Herzkrise kaum mehr arbeitsfähig. Da sein Name aber in der internationalen Politik ein Begriff ist (Rapacki-Plan von 1957 für eine atomfreie Zone in Zentraleuropa), wollte ihn Gomulka nicht gehen lassen. Der gegenwärtige Vizeaussenminister Marian Naszkowski (in den ersten Nachkriegsjahren Militärattaché in Bern) würde als sein allfälliger Nachfolger ebenso farblos wirken wie die Aussenminister der übrigen Ostblockstaaten.

Unser Memo

Die Rehabilitierung Slanskys hat nun doch Kreise gezogen. Mit dem ehemaligen Generalsekretär der tschechoslowakischen KP, der 1952 hingerichtet wurde, sind noch 400 weitere KP-Mitglieder, die in den letzten Jahren der Stalin-Aera hingerichtet oder eingekerkert wurden, offiziell rehabilitiert worden. So folgen, zehn Jahre nach den grossen Schauprozessen, nun auch in der CSSR die posthumen Wiedergutmachungen an Verurteilten nach dem Motto: «die kommunistische Partei hat immer recht.» Der zögernde Wind der Entstalinisierung hat in Prag nun Föhncharakter angenommen, aber noch immer gilt die Bemerkung (siehe letzte Nummer), dass das grosse Tauwetter nicht eingesetzt hat.

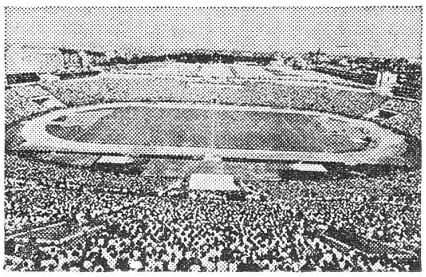
Es kann auch gar nicht einsetzen solange Novotny noch Parteichef und Oberhaupt des Staates ist, er, der an den Schauprozessmorden der fünfziger Jahre so massgebenden und belegbaren Anteil hatte. Und mit ihm ein Grossteil der heutigen Parteiführung. Das Führungsgremium ist, wenn der Gedanke der Rehabilitation auch nur halbwegs konsequent gedacht ist, der Beihilfe an vielfachem Mord schuldig. (Und zu bedenken ist immer noch, dass nur von den Parteimitgliedern unter den Opfern die Rede ist. Ueber die viel zahlreicheren anderen Opfer, die der bevorzugten Klasse nicht angehörten, wird kaum ein Wort verloren.)

Unter diesen Umständen ist es bemerkenswert, dass es überhaupt jetzt so weit gekommen ist. Das Traktandum «Ueberreste des Personenkults», das ihn selber so stark betrifft, muss Novotny stark zu tun gegeben haben. Noch zu Jahresbeginn war die abgeschlossene Revision des Slansky-Prozesses auf den Mai angekündigt worden. Die Kommission zur Ueberprüfung der politischen Prozesse zwischen 1948 und 1952 war übrigens schon 1954 eingesetzt worden (unter der Aufsicht des damaligen Innenministers Rudolf Barak, den Novotny letztes Jahr als Sündenbock für die stalinistischen Verbrechen aus allen Aemtern entliess und zu 15 Jahren Gefängnis verurteilen liess). Aber mehr als einige formelle Zugeständnisse hatte die Entstalinisierung in der CSSR nicht gebracht. Jetzt hat sich Novotny zu realeren Zugeständnissen bequemen müssen. Sie hängen mit der wachsenden Gärung in der CSSR und namentlich im slowakischen Landesteil zusammen. Der Parteichef hatte noch vor ein, zwei Monaten versucht, ihrer mit Diktat Herr zu werden. Aber die Opposition, die sich auf das heute überaus kommunistische Anliegen eines Kampfes gegen den Personenkult berufen konnte, blieb überraschend stark, wie auch die slowakische Bewegung gegen die tschechische Vorherrschaft überraschend ungebrochen wirkt (selbstverständlich unter den Spielregeln, die ein kommunistisches Regime erlaubt). So scheint Novotnys Stellung in der CSSR heute geschwächt. Die Frage ist, wie weit ihn Chruschtschew noch für unentbehrlich hält.



«Freundschaftsspiel»

Am 11. August fand vor 100 000 Zuschauern im Budapester Nep-Stadion ein Fussballfreundschaftsspiel zwischen Dynamo Moskau und dem einheimischen Spitzenklub Ferencvaros statt. Es bestand in der ersten Halbzeit aus Disziplinwidrigkeiten und Grobheiten, in der zweiten Halbzeit vornehmlich aus einer handfesten Schlägerei, an der acht Spieler beteiligt waren. Die ungarische Presse hat die Tätlichkeiten auf dem Feld ausführlich beschrieben, der Fussballverband ist mit Strafen eingeschritten. So wurde der Internationale Paul Orosz (der Name bedeutet ausgerechnet



Das Nep-Stadion in Budapest.

«Russe») bis zum 1. Januar 1964 suspendiert. (Ob gegen den sowjetischen Spieler Gussarow, der während der Partie ebenfalls vom Platz verwiesen wurde, in Moskau entsprechende Massnahmen vorgenommen wurden, ist nicht bekannt.) «Man sollte dieses ‚Sportereignis' möglichst schnell vergessen», empfahl das Parteiorgan «Nepszabadsag» seinen Lesern.

Vergessen werden soll vermutlich ebenfalls die Reaktion der Zuschauer, die mit ungeheurem Getöse gegen die Gästespieler demonstrierten.

War das alles unpolitisch? Wer jedenfalls nicht dieser Ansicht sein kann, ist die KP, denn (etwa in der Formulierung der Ostberliner «National-Zeitung»): «Der Sport ist kein Privatvergnügen, sondern gesellschaftliche und patriotische Erziehungsarbeit. Wer diese Arbeit nicht anerkennt, unterschätzt die politische Bedeutung von Körperkultur und Sport.»

Splitter vom Zusammenprall

Zu den Beschuldigungen, die die KPdSU in letzter Zeit gegen die chinesischen Genossen erhebt, gehört der Vorwurf des Trotzkismus, eine im kommunistischen Vokabular besonders üble Beschimpfung (so in der parteitheoretischen Zeitschrift «Kommunist»: «Seit dem Kampf der Trotzkisten gegen die kommunistischen Parteien gab es noch kein Beispiel für eine so entfesselte Fraktionstätigkeit in der revolutionären Arbeiterbewegung.»). Nun aber scheint dieser theoretische Vergleich sogar praktisch zu stimmen. Die trotzkistische «Vierte Internationale» hat sich in einem offenen Brief an das Zentralkomitee der KPCh gewandt und erklärt: «Die Vierte Internationale, die seit ihrem Gründungstag gegen die Ideen gekämpft hat, gegen die Sie sich heute wenden, steht auf Ihrer Seite... Das Internationale Sekretariat der Vierten Internationale begrüsst die von Ihnen in der gesamten kommunistischen Bewegung ausgelöste Diskussion und fordert Sie auf, sie fortzuführen und zu entwickeln.» Auf Ceylon (wo die trotzkistische Bewegung relativ stark sein soll) arbeitet Peking bereits mit den Trotzkisten unter E. Samarakkodi zusammen.

*

Wer hat Lumumba umgebracht? Das Rätsel ist endlich gelöst: «Die Sowjets in Zusammenarbeit mit den amerikanischen Imperialisten.» (!) Diese Meinung vertrat ein chinesischer Delegierter an der letzten Konferenz der Atomwaffengegner in Hiroshima. Demnach ist das die Version der grössten KP der Welt. «Kommunist» (Moskau) berichtet das mit dem Zusatz: «So etwas haben nicht einmal die ideologischen bourgeoisen Gegner der Sowjetunion erfunden.»

*

Auf Weisung der Zentralkomitees der KPCh ist das Russische als erste Fremdsprache von den Lehrplänen in China abgesetzt worden. Zugunsten des Englischen!

*

Nun ist die internationale ideologische Zeitschrift «Probleme des Friedens und des Sozialismus» (Prag) auch in Nordkorea verboten worden. Das ideologische Organ des Weltkommunismus hatte im Januar 1962 bereits seine albanische und im letzten Dezember seine chinesische Ausgabe einstellen müssen. Auch die vietnamesische und japanische Ausgabe sind vom gleichen Schicksal bedroht (sie werden von den Parteiorganisationen der betreffenden Länder bereits nicht mehr verteilt). Von den 21 Ausgaben werden demnach nur 16 übrigbleiben.

*

Das nordkoreanische Verbot muss die Sowjetunion besonders hart treffen, bemüht sie sich doch noch immer, in Pyongyang zu retten, was noch zu retten ist. So wurde der «Tag der Befreiung Koreas» am 15. August von der europäischen kommunistischen Presse (inklusive «Vorwärts») ausführlich bedacht. Die «Prawda» schrieb einen langen Artikel unter dem Titel «Die Befreiung Koreas durch die Sowjetarmee (am 15. 8. 1945) öffnete eine neue Seite der Geschichte des koreanischen Volkes» und erinnerte daran, dass die koreanisch-sowjetische Freundschaft «mit dem Blut der besten Söhne der Sowjetunion besiegelt wurde». Dem Abkommen der beiden Staaten vom Juli 1961 über «Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe» wird «grosse Bedeutung» zugemessen, was darauf schliessen liesse, dass sich die UdSSR an diesen Vertrag vorderhand noch gebunden fühlt.

*

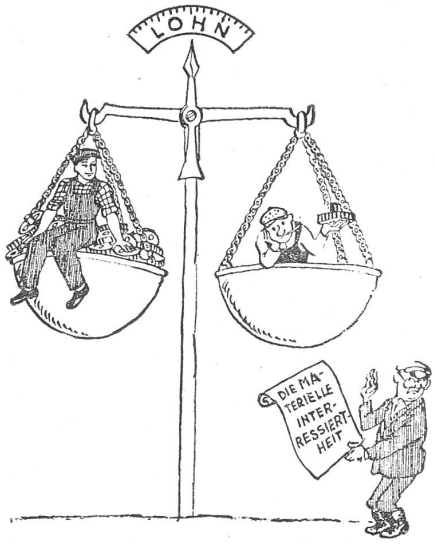
Kamerun gehört zu den Entwicklungsländern, wo der sino-sowjetische Zwist besonders offizielle Formen annimmt. Peking nennt die Republik ein Land, wo das «Volk einen bewaffneten Kampf» ausfechte. Dabei ist Kamerun seit drei Jahren unabhängig, und die Regierung Ahidjo wird nicht nur vom Westen, sondern auch vom Sowjetblock anerkannt. Aber China unterstützt den exilierten Flügel der «Union des Populations du Caméroun» in ihren Terrorkampagnen.

Materielle Interessiertheit

ist ein kommunistisches Standardschlagwort, das seit der letzten sowjetischen Wirtschaftsreformen vom letzten Herbst noch erheblich an Aktualität gewonnen hat.

Das Prinzip, sowohl den Betrieb als auch den einzelnen Arbeiter an guter Produktion so zu interessieren, dass er auch selber etwas davon hat, ist Anlass endloser Diskussionen und Reformen. Die Entlöhnung nach Arbeitszeit wird zunächst völlig abgelehnt, da sie zu Nachlässigkeit und Ungerechtigkeit führe. Allgemein gilt im Osten der Akkordlohn, verbunden mit einem Prämiensystem. Nun hat aber die Entlöhnung nach Stückzahl den Nachteil, dass sie leicht Qualitätsverschlechterung nach sich zieht. Auch Materialeinsparungen und Rentabilität werden wenig berücksichtigt. Dem versucht man entgegenzuwirken, dass man für unbrauchbare Ware Bussen (für den Betrieb) und Lohneinbussen (für den Arbeiter — übrigens auch dann, wenn ihn persönlich keine Schuld trifft, er bleibt für die Leistung des Kollektivs verantwortlich) vorsieht. Anderseits gibt es doch wieder die Tendenz, wieder Zeitlohnsystem als Grundlage zu nehmen und dafür höhere Prämien für gute nud rentable Produktion einzusetzen (die Prämien können zwischen 10 und 80 Prozent des Grundlohnes ausmachen).

So oder so braucht es jedenfalls immer wieder neue komplizierte Normensysteme, um jenen Wettbewerbsgeist zu schaffen, den im verruchten kapitalistischen System die Konkurrenz schafft.



Früchte der Gleichmacherei («Ekonomitscheskaja Gasjeta»)

Herausgeber: Schweiz. Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, Bern • Briefadresse: Postfach 1178, Bern-Transit • Telephon: (031) 2 77 69 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Verwaltung: Oswald Schürch • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 20.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 11.— (Ausland Fr. 13.50; DM 12.—). Einzelnummer Fr./DM —.50 • Postcheck III 24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse – Informations – Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Weltpolitische Notizen für den Unternehmer • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.